

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Aus: Ausgabe vom 26.10.2017, Seite 3 / Schwerpunkt

Von Markus Bernhardt
27.10.2017

Ohne Dach überm Kopf

Berliner Medien und Politiker bauschen ein altes Thema auf: Prostitution im Tiergarten. Obdachlose sollen aus dem Park vertrieben werden



Zeltlager von Obdachlosen im Berliner Tiergarten (Mai 2015)

Foto: Paul Zinken/dpa

Zunehmend entwickelt sich der Berliner Tiergarten zum Treffpunkt für marginalisierte Gruppen. Die etablierte Politik, Polizei- und Ordnungsbehörden reagieren mit blindem Aktionismus. Aber auch dort tätige Sozialarbeiter werden vor Probleme gestellt. Der im Bezirk Mitte gelegene Park gilt seit Jahrzehnten als »Cruising-Area«, also als öffentlicher

Treffpunkt für Männer, die sexuelle Kontakte mit dem gleichen Geschlecht pflegen. Zu ihnen gesellen sich – und das war ebenfalls schon seit jeher so – auch junge Männer, oftmals mit Migrationshintergrund, die dort der Prostitution nachgehen.

Alles nicht neu, doch Medien des Mainstreams versuchen aktuell den Eindruck zu erwecken, dass der Tiergarten von unbegleiteten und vor allem minderjährigen Flüchtlingen genutzt werde, um dort der Prostitution nachzugehen und Kontakte mit potentiellen Freiern zu suchen. Und eben das ist nicht der Fall, wie auch der Berliner Verein »Hilfe für Jungs e. V.«, der sich um die Betreuung von männlichen Prostituierten kümmert, betont. Schon im April dieses Jahres, als die Berliner Presse meist reißerisch und fast faktenfrei über Prostitution angeblich minderjähriger Flüchtlinge berichtete, rückte Vereinssprecher Ralf Rötten derlei gerade. Die jungen Männer, die im Tiergarten anschaffen würden, stammten aus Südosteuropa, maßgeblich aus Rumänien und Bulgarien. Junge Flüchtlinge, die anschaffen, fänden sich hingegen vielmehr im sogenannten »Regenbogenkiez« zwischen Nollendorf- und Wittenbergplatz.

Bauchschmerzen bereiten der Politik, allen voran dem grünen Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel, jedoch maßgeblich die Camps von Wohnungslosen, die sich derzeit in Teilen des mehr als 100 Hektar großen Parkarsenals befinden und die nunmehr geräumt werden sollen. So berichtete die *Berliner Morgenpost* (Mittwochausgabe), dass die dort lebenden Wohnungslosen den Park noch in dieser Woche verlassen müssten. Seit Dienstag seien dem Zeitungsbericht zufolge Mitarbeiter des Ordnungsamts, Sozialarbeiter und Polizisten im Tiergarten unterwegs und nähmen unter anderem die Personalien von Obdachlosen auf. Rund 60 bis 80 Betroffene sollen ihre Zeltlager bereits geräumt haben. Zwar hatte Bezirksbürgermeister von Dassel vor einer »rechtsfreien Zone« gewarnt, jedoch bisher offengelassen, wie er der Situation Herr werden will. Fakt ist nicht nur, dass die meisten Wohnungslosen aus den östlichen und südöstlichen Ländern der EU stammen und sich laut geltender Gesetzeslage somit hierzulande frei bewegen können. Hinzu kommt außerdem, dass die Verdrängung sogenannter Randgruppen durch die Polizei vorherrschende Probleme stets nur an andere Orte verlagert.

Mit Vertreibung ist den Betroffenen so keineswegs geholfen. Schließlich sind die freien Träger der Wohnungslosen- und Suchthilfen seit Jahren chronisch unterfinanziert. Übernachtungsplätze sind gerade in den Wintermonaten Mangelware. Vor allem Frauen leiden darunter, fürchten sie nicht selten sexuelle Übergriffe oder Gewalt. Statistisch wird nicht einmal erfasst, wie viele Obdachlose in der Bundesrepublik überhaupt existieren. Insofern lässt sich kaum realistisch abschätzen, wie viele Hilfsangebote tatsächlich fehlen.

Auch im »rot-rot-grün« regierten Berlin existieren keinerlei Statistiken. Erst Mitte des Jahres sahen sich daher Volontäre der Evangelischen Journalistenschule genötigt, Obdachlosigkeit für ein Projekt in Zahlen zu fassen. »Generell werden in Deutschland kaum Statistiken zu Obdachlosigkeit erhoben«, monieren sie auf der Internetseite ihres Projektes (obdachlosinberlin.de). Der Berliner Senat begründe das so: »Obdachlose, die sich nicht im Hilfesystem aufhalten, sind grundsätzlich nicht zählbar.« Solange es in Berlin jedoch »keine konkreten Zahlen zur Situation Obdachloser gibt«, fehle »auch eine Argumentationsgrundlage für eine zielgerichtete und systematische Hilfe«, haben die Journalistenschüler im Gegensatz zu den Senatsparteien verstanden.

Zwar regte die Berliner Sozialsenatorin Elke Breitenbach (Linke) aufgrund der teils hysterischen Medienberichterstattung in den vergangenen Tagen und Wochen nunmehr eine bezirksübergreifende Zusammenarbeit an, mehr geschah jedoch bisher nicht. Im Kampf gegen Wohnungslosigkeit und für eine an den tatsächlichen Notwendigkeiten orientierte Politik gilt der Senat aus SPD, Linkspartei und Bündnis 90/Die Grünen als ähnlicher Totalausfall wie die Vorgängerregierung aus CDU und SPD.

Dass die Zahl der Menschen, die kein Dach über dem Kopf haben, steigt, ist bundesweit zu registrieren. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) hat für das Jahr 2014 ermittelt, dass 335.000 Menschen in der BRD ohne Wohnung leben mussten. Somit stieg die Anzahl der Betroffenen seit 2012 um rund 18 Prozent. Zugleich rechnet die BAGW mit einem weiteren Anstieg der Wohnungslosigkeit und prognostiziert von 2015 bis 2018 sogar einen weiteren Zuwachs um ca. 200.000 auf dann 536.000 wohnungslose Menschen im Jahr 2018. Das wäre eine Steigerung um etwa 60 Prozent.